

Freiburger Nachrichten

Tagesblatt für die westliche Schweiz

(Formals „Freiburger Zeitung“)

Abonnementspreis:

12 Monate	6 Monate	3 Monate	1 Monat
Fr. 12.—	Fr. 6.—	Fr. 2.—	Fr. 1.20
Zusatz: 25.—			
Bel der Woch bezahlt 20 Sp. mehr.			

Postabonnemente für das Ausland sind am Wohnort des Bestellers aufzugeben, und dort ist der Abonnementspreis zu erheben. Postabonnemente haben Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen z.

Insertionspreise:

Für den Kanton Freiburg die Seite 16 Cts.	
Für die Schweiz	20
Für das Ausland	25
Restanten	50

Für größere Aufträge bedeutender Rabatt.

Redaktion: Perollesstraße 38, Telefon 4.06. — Verwaltungsbureau: St. Paulusstrasse, Freiburg. — Annoncenregie: PUBLICITAS, Schweiz. Annoncenexpedition A.-G., Telefon 1.35

8. Neutralitätsbericht des Bundesrates

In seinem achten Neutralitätsbericht erhebt der Bundesrat unter anderem auch Bericht über das Ergebnis der vom Nationalrat veranlassten und vom Chef des Politischen Departementes Bundesrat Ador durchgeführten Untersuchung in der

Angelegenheit Grimm-Hoffmann.

Der Bundesrat stellt fest, daß Grimm ohne irgend einen Auftrag von Hoffmann und ohne sich ihm verbindlich zu haben, nach Petersburg gereist ist. Grimm begab sich nach Rußland, um sich für russische Flüchtlinge zu verwenden und beabsichtigte als Zimmerwalder-Sozialist eine Friedensbewegung hervorzuheben. Hoffmann, dem Grimm seine Absicht, nach Petersburg zu gehen, mitgeteilt hatte, beschränkte sich darauf, Grimm zu sagen, falls er in Rußland auf Schwierigkeiten stoßen würde, brauche er sich nur an die schweizerische Gesandtschaft zu wenden. Diese ist weder von Hoffmann noch von Grimm von der Reise des letztern nach Petersburg benachrichtigt worden.

Der Bericht des Bundesrates bringt sodann die beiden bekannten Telegramme zwischen Grimm und Hoffmann zum Ausdruck und fährt fort: Die Untersuchung hat keinerlei neue Tatsachenutage gefördert, die geeignet wären, neues Licht in die Angelegenheit zu bringen. Wie die russische Regierung in den Besitz der Telegramme gelangt ist, konnte nicht festgestellt werden. Der Klage Lardy auf der schweizer. Gesandtschaft in Petersburg versichert in seiner schriftlichen Aussage, daß Grimm beim ersten Besuch auf der Gesandtschaft erklärt habe, von Hoffmann ermächtigt worden zu sein, ihm Informationen über die Lage Rußlands zu senden und sich der diplomatischen Geheimchrift zu bedienen. Minister Odier sagt aus, daß ihm Grimm dieselben Erklärungen abgegeben habe. Bundesrat Hoffmann hat die Wichtigkeit der Angaben Grimms entschieden bestritten. Grimm hat ausdrücklich anerkannt, daß die Vorbereitung Hoffmanns in allen Punkten der Wirklichkeit entspricht. Er hat jedoch behauptet, von Odier und Lardy falsch verstanden worden zu sein. Minister Odier rechtfertigt die Abwendung des Telegramms an Hoffmann damit, daß er sich in wichtigen Angelegenheiten von Landesleuten wiederholt der Geheimchrift der Gesandtschaft zu bedienen hatte, und sich daher nicht für verpflichtet erachtet habe, dies einem Nationalrat zu verweigern, der sich an den Vorsteher des Politischen Departementes wandte. Der Bundesrat anerkennt, daß diese Anschauung und das Benehmen Odiers sich rechtfertigen lassen.

Bundesrat Hoffmann erklärt seinen Schritt im wesentlichen wie folgt: Er war von der Überzeugung durchdrungen, daß eine längere Kriegsdauer die Schweiz vor unüberwindliche Schwierigkeiten, namentlich in wirtschaftlicher Hinsicht stellen würde. Die Zukunft der Schweiz machte ihm große Sorgen. Er hielt es nicht für sein Recht, sondern auch für seine gebieterische Pflicht, jede sich bietende Gelegenheit zu ergreifen, an der Verbesserung eines allgemeinen Friedens zu arbeiten. Er glaubte das Telegramm Grimms, einer infolge seiner sozialistischen Gesinnung russischen Regierungskreisen nahestehenden Persönlichkeit, biete ihm eine solche Gelegenheit. Er dachte, daß es ihm umso eher gestattet sei, davon Gebrauch zu machen, als er nicht in der Eigenschaft als Vorsteher des Politischen Departementes, sondern rein persönlich handeln wollte.

Der Bundesrat läßt den Motiven, von denen sich Hoffmann leiten ließ und die ihm von seinem Gewissen und seinem Patriotismus eingegeben waren, alle Berechtigung widerfahren. Allein der Bundesrat war nicht

seine Erklärung vom 19. Juni wiederholen, wodurch er die Verantwortlichkeit für den von Hoffmann getanen Schritt ablehnte und diesen mißbilligte. Es scheint dem Bundesrat nicht zulässig zu sein, daß ein von einem Mitglied der Regierung ausgehendes Telegramm in einer so heiklen Angelegenheit wie die Friedensfrage, das überdies mit „Abteilung Auswärtiges“ unterzeichnet ist, als persönlicher Schritt betrachtet werden könne. Eine Frage von solcher Wichtigkeit hätte dem Bundesrat unterbreitet werden sollen, der für deren Erledigung allein zuständig ist. Hoffmann hat, wie er erklärte, niemals einen Separatfrieden zwischen Rußland und den Zentralmächten im Auge gehabt. Der Inhalt seines Telegramms konnte jedoch angesichts der durch den Krieg hervorgerufenen allgemeinen Spannung und Erregung bei den Entente-Staaten leicht den gegenseitigen Verdacht aufkommen lassen und so die Interessen des Landes ernstlich gefährden, während doch der Bundesrat gegenüber allen Kriegführenden stets die strikteste Neutralität verkündet hatte.

Der Bundesrat drückt zum Schluß die Meinung aus, daß nach Kenntnisnahme seiner Erklärung, die eidgenössischen Räte ohne Zweifel mit ihm der Ansicht sein werden, daß der bedauerliche Zwischenfall durch die Ausnahme der Demission Hoffmanns endgültig als erledigt zu betrachten sei.

Der Bundesrat behandelt im 8. Neutralitätsbericht sodann die

wirtschaftliche Lage der Schweiz

in ihrem Verhältnis zu den Zentralmächten und zu den Entente-Staaten. Was das Verhältnis mit Deutschland abgeschlossene Wirtschaftsabkommen betrifft, erklärt der Bundesrat, daß eine planmäßige Versorgung des Landes mit Kohle ohne den Abschluß des Abkommens undenkbar gewesen wäre. Ohne das Abkommen wären die schon vom Ausland verlangten hohen Preise im Inlande infolge fürmischer und unangeregelter Nachfrage noch gewaltig gesteigert worden. Mit Rücksicht darauf hat sich der Bundesrat zu der Gewährung des bekannten Handelskredits an Deutschland entschließen müssen, was er um so eher verantworten konnte, als eine Gefahr für einen effektiven Geldexport nicht vorhanden ist. Leider weist das Abkommen zwei Punkte auf, die nicht geregelt werden konnten. Der eine betrifft die deutschen Einfuhrverbote, über deren Beschränkung leider eine Einigung nicht erzielt werden konnte, sodas die Ausfuhr bestimmter industrieller Produkte aus der Schweiz nach Deutschland nicht gesichert erscheint. Der zweite Punkt betrifft den Transport durch Deutschland von für die Schweiz bestimmten und von ihr zu exportierenden Waren, indem Deutschland erklärte, bei dem System der Prüfung des einzelnen Falles oder bestimmter Kategorien von Fällen vorzuleiden zu müssen. Der Bundesrat bedauert diese Lösung, insbesondere im Hinblick auf die Absatzmöglichkeiten unserer Industrien in den nördlichen Ländern, und er wird versuchen, durch weitere Verhandlungen zu einer befriedigenden Lösung zu kommen. Das Abkommen in seiner Gesamtheit ist nach dem Urteil des Bundesrates ungünstiger als das vor einem Jahre abgeschlossene. Mit Rücksicht auf die außerordentliche Verschärfung der wirtschaftlichen Verhältnisse muß sich aber die Schweiz mit einem Abkommen abfinden, das eigentlich für beide Teile nicht befriedigend erscheinen mag. Hält man sich aber die Schwierigkeiten der Kriegführenden vor Augen und bedenkt man, daß auch Deutschland mit Kohlenverlegenheit zu rechnen haben wird, wird man nicht bestreiten können, daß das Abkommen trotz gewisser Härten sein Zustandekommen doch auch dem Willen der deutschen Regierung verbandt, unter den obwaltenden

Verhältnissen der Schweiz freundschaftlich entgegenzukommen.

Bezüglich des wirtschaftlichen Verhältnisses der Schweiz zur Entente betont der Bundesrat, daß für die nächsten Monate sich speziell die Lebensmittellage sehr nach der Schweiz in sehr unbefriedigender Weise vollziehen dürfte. Ziemlich hofft man, durch Verhandlungen zu einem Erfolg zu gelangen und man erwartet insbesondere, daß im Spätherbst auch die Verschickung von Weizen wieder zulässig werden wird. Erhebliche Schwierigkeiten bieten vor allem auch die Transporte, sowohl zu Wasser wie zu Lande. Genös bieten erhebliche Schwierigkeiten die gegenwärtigen Valutaverhältnisse, indem den Ententeländern Einfuhrverbote nahegelegt werden, um den Bezug von gewissen Waren zu verhindern, deren die Volkswirtschaft entbehren kann. Durch Verhandlungen ist es gelungen, von Großbritannien gewisse Zugeständnisse zu erlangen und Italien hat seine Einfuhrverbote mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Schweiz solche Verbote nicht erließ, gegen die Schweiz nicht angewendet. Mit Frankreich sind die Verhandlungen über Einfuhrkontingente noch nicht abgeschlossen. Weitere Verhandlungen gehen dahin, die Einfuhr der Schweiz in Lebensmittel und Rohstoffen durch ein Abkommen zu sichern und der Schweiz inländische Verkehrsleistungen zu erwirken, wobei der Bundesrat überzeugt ist, bei den alliierten Regierungen freundschaftliches Entgegenkommen zu finden. Der Bundesrat hat sich denn auch bereit erklärt, auch gegenüber den Ententemächten die Eröffnung eines nationalen, von der effektiven Warenzufuhr abhängigen Kredits zur Verbesserung der Change-Verhältnisse in Erwägung zu ziehen, und zwar auf einer ähnlichen Basis wie im deutschen Abkommen. Zumeist sind die Verhandlungen über eine solche Kombination kaum eröffnet, weshalb weitere Mitteilungen darüber nicht gemacht werden können.

Der Bundesrat betont im Anschluß an die Erörterung der wirtschaftlichen Lage, daß diese immer ernster und schlimmer wird und daß man sich nicht verhehlen dürfe, daß die Verhältnisse noch unersreulicher werden können.

Die Ministerkrise in Paris.

Nachdem Poincaré, der junge erfolgreiche Kriegsminister, die Kabinettsbildung übernommen hatte, schien die Krise so gut wie überwunden. Allein in letzter Stunde wurde alles wieder in Frage gestellt durch den Widerstand der Sozialisten.

Der Draht meldete gestern: Poincaré vereinigte am Dienstag 10 Uhr nachts im Kriegsministerium seine wahrscheinlichen Mitarbeiter. Im Verlaufe der Verhandlungen verließ Albert Thomas und Raymond den Saal, um die permanenten Delegierten der sozialistischen Partei zu befragen. Hierauf kehrten sie zurück, um weiter an der Diskussion teilzunehmen. Doch verließen sie eine Viertelstunde später von neuem den Saal und erklärten, daß sie sich endgültig zurückzögen, wegen der allgemeinen Zusammensetzung des Ministeriums. Die anderen eventuellen Mitarbeiter setzten ihre Verhandlungen fort. Am Schluß derselben erklärte Poincaré den Journalisten, daß er infolge dieser letzten Zwischenfälle das Ministerium der nationalen Einheit nicht bilden könne, das er im Auftrag Poincarés hätte aufstellen sollen. Die Sozialisten wollen offenbar ein rückergegründetes Ministerium, das ihnen nicht nur zwei, sondern vier oder fünf Vertreter gibt. — Weitere Drahtberichte melden: Um 1 Uhr nachts begab sich Poincaré nach dem Elysée und eröffnete Poincaré, daß er auf die Neubildung des Kabinetts verzichte, da es ihm nicht gelungen sei, ein Ministerium der nationalen Einheit zu konstituieren. Poincaré ersuchte Poincaré, seine Schritte für die Kabinettsbildung fortzusetzen. Poincaré hat sich Wehenszeit aus.

Rußland vor dem Bürgerkrieg

Wie zu erwarten stand, hat Kornilow bei dem Versuch, sich selbst an die Spitze Rußlands zu stellen, es nicht bei der platonischen Aufforderung an Kerensky abzulassen, bewenden lassen. Schon sind die ihm ergebenden Truppenteile auf dem Wege nach Petersburg. Es wird über den bisherigen Verlauf des Ruzsches weiter gemeldet:

Petersburg, 12. Sept. (Havas.) Der Ministerrat war den größten Teil der Nacht über versammelt. Als mutmaßliche Minister des Direktoriums werden genannt: Kerensky, Nekrasow, Sawinkow, Stobefew und Teresjtschenko. Der Soviet fordert eine stärkere Beteiligung für die Sozialistenpartei. Es bestätigt sich, daß die Kabinettsminister demissioniert haben.

Kerensky hat den früheren Prokurator des St. Synods, Zwow, der ihm die Aufforderung Kornilows überbrachte, sowie weitere 80 Personen verhaften lassen. Kerensky ist weiter bemüht, das Ministerium zu reorganisieren. Mehrere Kombinationen werden bereits erörtert. U. a. spricht man von einer teilweisen Umbildung unter Schaffung eines besonderen Nationalrates, nach dem Vorbilde des französischen Direktoriums.

Das Ultimatum Kornilows, das erst am Montag abend bekannt wurde, bewirkte in allen Kreisen das größte Aufsehen. Die Wähler beschäftigten sich mit dem Ultimatum in Sonderausgaben.

Der Gouverneur von Moskau, General Wersowsky, den Kornilow für seine Sache zu gewinnen versuchte, lehnte ein dahingehendes Anerbieten ab und drohte, alle Verbindungen zwischen dem Hauptquartier und Moskau abzubrechen.

Kornilows Pläne. Die „Zewestia“ schreibt, Kornilow habe in der Absicht, seinem Plane den Erfolg zu sichern, vor einigen Tagen damit begonnen, die revolutionären Truppen in Petersburg nach und nach durch Kosaken und Kavallerie zu ersetzen, auf die er zählen zu können glaubte. Indessen befinden sich gegenwärtig noch beträchtliche revolutionäre Einheiten in Petersburg. Zu den Kasernen herrscht vollständige Ruhe. Wie das Blatt weiter berichtet, sammeln sich zwischen Pskow und Dubno bedeutende Kavallerietruppen an. Blättermeldungen zufolge, wissen diese Truppen nicht, um was es sich eigentlich handelt und glauben, daß man sie bei der Unterdrückung eines Magimatismenaufstandes verwenden wolle.

General Lutowitsch, Chef des Stabes des Generalissimus, der als die eigentliche Seele der Bewegung betrachtet wird, richtete an Kerensky ein Telegramm mit der Erklärung, daß ein Ablehnen der Forderungen des Generals Kornilow die schwersten Folgen nach sich ziehen könne.

Die Arbeiter- und Bauerndelegierten für Kerensky. (Havas.) Das Zentralkomitee des Soviet und das Bauernkomitee richteten einen Appell an die Armee und an die Eisenbahnarbeiter, sowie an die Telegraphisten und forderten sie auf, die Befehle Generals Kornilow nicht auszuführen, sondern nur diejenigen der Regierung und des Soviet. Kerensky richtete einen Appell im gleichen Sinne an die Eisenbahnarbeiter. Das vierte Kosakentement der Garnison von Petersburg bezeugte der Regierung seine Treue. Die Union der Kriegswunden sandte eine Erklärung in demselben Sinne. Der Soviet von Kronstadt erklärte, er stelle sich auf Seiten der Regierung. Die Regierung schaffte den Posten eines Kommandanten des Militärbezirkes von Petersburg ab. Der Adjutant des Generals Wassiljowsky, Kommandeur Kozmin, wurde zum Hauptkommandanten ernannt. Die Bojtschafter Englands, Frankreichs, Italiens und Amerikas staketen dem Minister des Auswärtigen ihre Besuche ab.

